

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wochenblattes Abonnementpreis 0,75 RM.;  
bei jeder Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Verkauflisten nehmen Bestellungen an.

Veranstaltet  
unter Mitwirkung der Verbände- und Bezirks-Vorstände  
von  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine**  
(Hilfs-Zentrale)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.,  
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.  
Reklamation und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Gesamtdruckerei: Kunst VII, Nr. 172A.

Nr. 87.

Berlin, Mittwoch, 1. November 1911.

Dreißundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Sozialpolitische Arbeit in den Gewerkevereinen. — Die Arbeiterwirren bei den britischen Eisenbahnen. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

## Sozialpolitische Arbeit in den Gewerkevereinen.

Es ist hinreichend bekannt, daß sich die Deutschen Gewerkevereine an allen Aesten der Sozialpolitik energisch beteiligen. Rinden Montagsrat, auf denen sozialpolitische Probleme zur Beratung stehen, dann sind auch Vertreter der Deutschen Gewerkevereine dabei, die nicht nur aus den Beiträgen und Diskussionen Belehrung und neue Anregung schöpfen, um das Gehörte mit seinen Anwendungen weiter zu tragen, sondern die auch aus ihrer praktischen Erfahrung heraus in die Diskussionen eingreifen, ihre Meinungen aussprechen und damit zur Klärung der Fragen wesentlich beitragen. Das ist u. a. noch vor kurzer Zeit geschehen auf der Hauptversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Nürnberg, über deren Verlauf wir bereits berichtet haben. Wir gehen dabei von der Voraussetzung aus, daß die Wissenschaft, will sie praktisch wirken, die Erfahrungen praktischer Männer kennen lernen muß, wie andererseits auch die Praktiker die Lehren der Wissenschaft benutzen müssen, um reformatorisch mit Erfolg wirken zu können. Gehen beide Faktoren, Wissenschaft und Praxis, bei der Beratung problematischer Dinge miteinander, dann kann man erwarten, daß etwas Brauchbares für die Allgemeinheit bei den Beratungen herauskommt wird.

Daß dabei die selbständige sozialpolitische Betätigung der Deutschen Gewerkevereine nicht in den Hintergrund gedrängt werden darf, ist wohl klar. Das geschieht aber auch nicht, sondern wir haben stets unsern Mann gestanden, wo es galt, die Interessen der Arbeiter auch in sozialpolitischer Beziehung zu vertreten. Erinnerung sei hierbei an die Stellungnahme der Gewerkevereine zur Reichsversicherungsgesetzgebung, auch an die Entschuldigungen zur herrschenden Teuerung u. a. m.

Zur Frage der Teuerung hat auch der Gewerkeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter kürzlich wieder eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, die im Wortlaut im „Regulator“ und zum Teil auch im „Gewerkeverein“ veröffentlicht wurde. Wenn diese Eingabe nicht den gewünschten Erfolg hatte, so war das im Hinblick auf die Stellung der Regierung und die gegenwärtig noch bestehende Zusammenhang des Reichstaats eigentlich auch nicht anders zu erwarten. Statt Abhilfe der Teuerung zu schaffen, wird weiter nichts als Wahlfreden seit eine Woche lang im Reichstage zum Fenster hinaus gehalten worden. Das wird uns aber nicht abhalten, auf dem von uns für richtig erkannten Wege weiter zu marschieren und weitere Eingaben zu machen, wenn die Notwendigkeit hierfür vorliegt.

Weiterhin hat nun der Gewerkeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter wieder Untersuchungen veranstaltet, um drei wichtige Fragen erörtern zu können, und zwar die Frage der Urlaubsgewährung in industriellen Betrieben, die Erfordernisse der Gesundheits-, Arbeits- und Lebensverhältnisse jugendlicher Arbeiter bei der Beschäftigung im Alter von 14-18 Jahren und eine Untersuchung der Arbeitsverhältnisse in ununterbrochenen Großbetrieben der Eisen- und Metallbranche mit reelmäßiger Tag- und Nachtschicht. Das sind drei Fragen, deren hohe Bedeutung wohl niemand unterschätzen wird.

Die Erhebungen über die Urlaubsgewährung unter Weiterzahlung des Lohnes sind ziemlich abgeschlossen. Sie werden in nächster Zeit im „Regulator“ in einer Artikelserie unter dem Titel „Arbeiterferien“ veröffentlicht werden, worauf wir heute schon hinweisen möchten. Diese Erhebungen lassen erkennen, daß es in Deutschland immerhin eine stattliche Zahl von Betrieben gibt, in denen den Arbeitern Ferien unter Weiterzahlung des Lohnes oder sonstiger Anwendungen gewährt werden. Die allgemein ablehnende Stellung der großindustriellen Unternehmungen zu dieser Frage erscheint angesichts der Resultate dieser Erhebungen nicht mehr berechtigt zu sein, da das, was heute schon einer Anzahl Betrieben bezüglich der Urlaubsgewährung möglich ist, auch den anderen möglich sein muß. Der Hinweis auf die Konkurrenz und anderes ist nicht mehr stichhaltig.

Heber die Lebensverhältnisse der Jugendlichen sind die Erhebungen noch nicht abgeschlossen. Sie erstrecken sich u. a. auf die Frage der Berufswahl und der hierzu nötigen körperlichen Fähigkeiten, auf die Beschäftigung jugendlicher in gesundheitsgefährlichen Betrieben und während der Nachtzeit, auf das Fortbildungsschulwesen, die gesundheitlichen Verhältnisse, sowie die Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse. Noch vor kurzem hat der Gewerkeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter in Gemeinschaft mit der Gesellschaft für Soziale Reform und dem christlichen Metallarbeiterverbande an den Bundesrat eine Eingabe gerichtet, daß mit Ablauf der diesbezüglichen Ausnahmebestimmungen die Nachtarbeit jugendlicher in Hütten- und Walzwerken verboten werden möge. Das hat den „Vorwärts“ zu dem bekannten Keinsfall gebracht, über den wir bereits in unserer Nr. 85 berichtet konnten.

In dritter Linie sind Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in ununterbrochenen Betrieben mit reelmäßiger Tag- und Nachtschicht eingeleitet. Auch diese sind noch nicht abgeschlossen. Hier handelt es sich darum, festzustellen, in welchen Industriezweigen Tag- und Nachtschicht besteht, wie lange die Arbeitszeit für jede Schicht andauert, und andere damit im Zusammenhang stehende Fragen. Besonderer Wert wird gelegt auf die Frage, ob statt der heute vielfach bestehenden 12 Stunden-Schicht (Wachtschicht) nicht die 8 Stunden-Schicht eingeführt werden kann, so daß statt einer Doppel-Schicht eine dreifache Schicht bestehen würde. Durch derartige Untersuchungen der Verhältnisse aus dem praktischen Leben wird auch der Wissenschaft, den Sozialpolitikern geeignetes Material zur Bearbeitung und Verwertung geboten. Diese Arbeit wird übrigens wertvolles Ergänzungsmaterial bilden zu dem Vortrag über die Lage der Arbeiter in der Hütten- und Walzwerkindustrie, den stöckle Gieseler-Duisburg auf dem diesjährigen Delegiertentage des Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter gehalten hat. Dieser Vortrag ist in Prospektform abgedruckt worden und von der Hauptleitung des Gewerkevereins unentgeltlich zu beziehen.

Die Vorbereitung dieser Fragen durch den Gewerkeverein erbringt aufs Neue den Beweis, daß wichtige Interessen der Arbeiterklasse in den Deutschen Gewerkevereinen auch gründlich behandelt werden. Zunächst eingehende Untersuchungen der in Frage kommenden Verhältnisse, dann Sammlung des gewonnenen Materials und schließlich entsprechende Verwertung des Materials in Versammlungen, in der Presse und durch Herantreten an die entscheidenden Behörden. Wäre diesen Arbeiten auch ein guter Erfolg beschieden sein!

G. S.

## Die Arbeiterwirren bei den britischen Eisenbahnen.

Als im August d. J. in Großbritannien plötzlich ein gewaltiger Eisenbahnaustritt ausbrach, der den Verkehr mehrere Tage lang lahmlegte und die Nahrungsmittelversorgung der britischen Bevölkerung aufs schwerste störte, da kam unter Führung des Schatzkanzlers Lloyd George eine Vereinbarung der Gewerkevereine der Eisenbahner mit den Gesellschaften zustande. In dieser Vereinbarung wurde bestimmt, daß durch das britische Arbeitsamt (Board of Trade) eine königliche Kommission eingesetzt werden sollte, um die Klagen, die zum Streik geführt hatten, zu untersuchen. Man nimmt in England mit Vorliebe solche königliche Kommissionen in Anspruch zum Studium und zur Aufklärung schwieriger Angelegenheiten öffentlichen Charakters. Die Kommission wurde in diesem Falle zusammengesetzt aus je zwei Vertretern der Unternehmer und Arbeiter und einem unparteiischen Vorsitzenden. Der Kommission lag die Erledigung folgender Aufgabe ob:

Am 9. November 1907 fand Großbritannien ebenfalls vor einem Eisenbahnstreik, der geführt wurde um die Anerkennung der Transaktionen durch die Eisenbahngesellschaften. Damals gelang es noch vor Zerschlagung, zu einer Vereinbarung zu kommen, in der bestimmt wurde, daß jede Eisenbahngesellschaft für ihren Reklamations-Einigungsamt errichten sollte, und zwar sollte es ein Einigungsamt errichtet werden für die Bau- und Bergbau-Gruppen des Personals. Eine Streitfrage, die nicht durch direkte Verhandlungen mit den Beteiligten gelöst werden konnte, sollte vor das betreffende Einigungsamt gebracht werden. Für den Fall, daß dieses zu einer Einigung nicht gelangen sollte, war ein Zentral-Einigungsamt vorgezogen, und wenn auch dieses eine Einigung nicht herbeiführte, sollten beide Parteien gemeinsam einen Schiedsrichter ernennen, dessen Urteil endgültig sein sollte.

Schon bald nachdem dieses Übereinkommen für die Zeit bis zum 9. November 1911 abgeschlossen war, stellten sich Schwierigkeiten heraus. Die Arbeiter behaupteten, die Eisenbahngesellschaften verletzten die Vereinbarungen zu ungunsten, indem sie durch allerlei juristische Kniffe wichtige Gegenstände dem Einfluß der Einigungsämter entziehen. Die Unternehmer andererseits behaupteten, daß die Arbeiter die Aufhänger der Einigungsämter widerrechtlich ansahen wollten. Die gegenseitigen Beschwerden hatten die Gemüter immer mehr erhitzt, und als nach dem Erliegen des Generalstreiks der Zeleute und Maschinenarbeiter in den Monaten Juni und Juli d. J. auch ein kleiner Teil der Eisenbahner in den Zusammenstoß für die genannten Arbeiter verwickelt wurde, stankten die Eisenbahner die Zeit für gekommen, mit einem großen Schläge ihre Forderungen durchzusetzen. Sie brachen das 1907 abgeschlossene Übereinkommen und traten in den Streik ein.

Die schon oben erwähnte königliche Kommission begann bald ihre Arbeit. Die Sitzungen fanden öfter statt, und tagtäglich erdienten in der Presse keine Berichte über die Ausläufer der verkommenen Szenen. Es wurden die Vertreter sämtlicher Eisenbahner-Gewerkevereine als Zeugen benannt, ebenso eine große Anzahl der Vertreter der unorganisierten Arbeiter und eine eben so große Zahl von Direktoren und Geschäftsführern der Eisenbahngesellschaften. Die Kommission hat im ganzen 72 Zeugen gehört und neuerdings ihren Bericht erstattet. Man hatte allgemein erwartet, daß die Eisenbahngesellschaften die Gewerkevereine als berechtigte Vertreter des Eisenbahnpersonals anerkennen

ollen. Das hat die Kommission jedoch nicht getan, sondern nur einen schlichteren Aniaz dazu gemacht. Ihre Vorschläge sind die folgenden:

Bei jeder Eisenbahngesellschaft sollen nach den einzelnen Hauptarbeitstätigkeiten des Verionals bis zu 8 verschiedene Einigungsämter acbildet werden. Jedes von ihnen soll sich zu gleichen Zeiten aus Vertretern der Unternehmer und Arbeiter zusammensetzen. Das Zentraleinigungsamt, das 1907 eingerichtet wurde, wird beibehalten. Jedes Berufsvereinigungsamt kann sich einen Vorsitzenden wählen aus einer Liste, die das enalische Arbeitsamt aufstellt. Jedoch soll bei jeder Gesellschaft möglichst ein und dieselbe Person Vorsitzender aller Einigungsämter sein. Die für diesen Vorsitzenden entstehenden Kosten sind aus der Staatskasse zu bezahlen. Die Arbeiter haben das Recht, den Schriftführer für die einzelnen Einigungsämter zu stellen, die entweder Arbeiter, Beamte der Organisation oder auch Rechtskundige sein können. Ist dieser Schriftführer ein Ankenstehender, so hat er bei den Beratungen wohl das Recht der Rede, aber nicht der Abstimmuna. Der Schriftführer soll freie Fahrt erhalten für die ganzen Reisen der betreffenden Eisenbahngesellschaft, damit er sich mit allen Teilen des Verionals in direkte Verbindung setzen kann. Man nimmt an, daß es im allgemeinen immer ein Gewerksvereinsbeamter sein wird, der durch das Verional als Schriftführer gewählt wird, und darin trägt sich eben das Stief offizieller Anerkennung der Gewerksvereine aus, das die Kommission bieten will.

Diese Einigungsamtsämter soll nun folgendermaßen arbeiten: Entstehende Differenzen sollen in erster Linie zwischen den beteiligten Arbeitern direkt und den Leitern der Eisenbahngesellschaften zu regeln versucht werden. Gelinut es nicht, den Streik zu verhindern, so soll zunächst die Sache vor die alle sechs Monate stattfindende ordentliche Sitzung des Einigungsamtes abradat werden. Kommt auch hier eine Vereinbarung nicht zustande, so soll der Vorsitzende des Einigungsamtes einen Schiedspruch abgeben, der endgültig sein soll.

In weiteren schlägt die Kommission vor, alle bisher bestehenden Verträge bis zum 1. Juli 1912 weiter bestehen zu lassen. Erst von diesem Zeitpunkte ab sollen also die neuen Vereinbarungen in Kraft treten. Alle weiteren Verträge sollen dann auf ein Jahr abgischlossen werden, wenn sie durch gegenseitige Vereinbarung zustande kommen. Ein Schiedspruch jedoch soll für zwei Jahre Gültigkeit haben.

Die Arbeiter sind mit diesen Bestimmungen sehr unzufrieden, und zwar nach zwei Richtungen. Einmal bietet ihnen der Bericht der Kommission zu wenig in bezug auf die Anerkennung der Gewerksvereine, zweitens bedauern sie daß die neuen Bestimmungen erst am 1. Juli 1912 in Kraft treten sollen, während man erwartet hatte, daß sofort Verhandlungen über Lohnerhöhungen anbahnen seien.

In der Erklärung zum Friedensschluß, die die Regierung im August d. J. veröffentlicht hat, ist gesagt, beide Parteien hätten sich bereit erklärt, die Vorschläge der Kommission rückhaltlos anzunehmen. Jetzt wird das von den Leitungen der Gewerksvereine bestritten, und sie haben eine gemeinsame Sitzung der verschiedenen Gewerksvereinsvorstände für die nächsten Tage anberaunt, um zu beschließen, was weiter geichehen soll. An vielen Stellen wird ein neuer Streik erwartet. Jedoch besteht vorerst wenig Grund zu solchen Besürchtungen. Einflußreiche Leute in der englischen Gewerksvereinsbewegung raten zur Anerkennung der Kommissionsbeschlüsse. So hat Mr. Appleton, der Sekretär des Verbandes der britischen Gewerksvereine, erklärt, er rate, die Beschlüsse anzunehmen, so wie man beim Sport eine erlittene Niederlage hinnimmt. Man lacht dabei, aber nimmt sich im innern grimmig vor, bei der nächsten Gelegenheit den Fehler gutzumachen. In ähnlicher Weise brüllte sich Keit Sardié aus. Jedoch kann bei den heutigen Gärungszuständen in der britischen Arbeiterbewegung niemand mit Sicherheit sagen, wie die Sache weiter verlaufen wird.

Denn auch sonst hat der Streik im August allerlei schwierige Fragen zum Vordiein gebracht. Dazu gehört die Frage, ob die Eisenbahner das Streikrecht haben sollen oder nicht. Mr. Churchill, der bis vor wenigen Tagen Handelsminister in der englischen Regierung war, ist aber ein anderes Amt übernommen hat, war verantwortlich dafür, daß während des Eisenbahnstreiks das Militär eingegriffen und den Bahndienst soweit wie möglich aufrecht erhalten hat. Das hat ihm wie der gesamten Regierung scharfe Anariffe eingetragen. Er hat erwidert, die Regierung unterstüge nicht die Eisenbahngesellschaften durch ein solches Vorgehen, aber sie sei verpflichtet, die

Nahrungsmittelversorgung des Volkes zu garantieren. Sonst müßte innerhalb weniger Tage ein großer Teil des Volkes und zwar insbesondere die Arbeiter verhungern. Churchill hat nun vor einigen Wochen in seinem Wahlkreis Dundee einige Reden gehalten und sich im Auftrage der Regierung weiter zu der Sache geäußert. Er sagte: „Es ist keine Uebertreibung, wenn ich behaupte daß eine völlige Störung des Eisenbahnverkehrs für kurze Zeit, d. h. gemessen nach Tagen, nicht nach Wochen, durch den ganzen industriellen Teil Großbritanniens und insbesondere in England selbst völlige Arbeitslosigkeit und als ihre Folge absolut, Verhungern zeitigen würde. Es solat daraus, daß Eisenbahner und ähnliche Arbeiter sich nicht der Vollmacht der kollektiven Vertragsabschließuna erziehen dürfen, wie es der Fall ist in weniger wichtigen Gewerben. Sie müssen das Streikrecht aufgeben, aber sie sollen nicht die Verlierer sein, wenn sie für die Sache des Gemeinwohls die wichtige Waise aus der Hand geben.“ Es müße dann in anderer Weise dafür gesorgt werden, daß die berechtigten Ansprüche der Eisenbahner ihnen zuteil würden. Wenige Tage nachher hat der Generalsekretär des Gewerksvereins der Eisenbahner in einer öffentlichen Veriammluna erklärt, die Eisenbahner seien nicht geneigt, auf das Streikrecht zu verzichten, am wenigsten, solange die Regierung nicht in klarer Weise vorschlägt, wie die Rechte der Eisenbahner ohne Streik gesichert werden könnten.

Nebenfalls drängt sich auch die Frage in Großbritannien immer deutlicher hervor. Man hat den Eindruck, als gäbe es keinen anderen Ausweg, als durch Verstaatlichuna der Eisenbahnen das Interesse der Allgemeinheit und das der Arbeiter in sicherere Hände zu legen als in die von privaten Kapitalisten.

Nachdem das vorstehende geschrieben war, haben die Eisenbahngesellschaften einen Schachzug gemacht, den ein Generalsekretär der Eisenbahnarbeiter mit Recht als einen staatsmännischen bezeichnet hat. Sie haben beschloffen, besonders für das untere Verional Lohnerhöhungen eintreten zu lassen, die sich zwischen 2 und 5 Mark in der Woche bewegen. Sie bewegen damit den Hauptbeichwerdepunkt besonders der schlechtgelohnten Arbeiter und erscheinen in der Öffentlichkeit als die weitherzigen Arbeiterfreunde, obwohl auch hier der indirekte Druck der Organisation der wichtigste Grund zu den Lohnerhöhungen sein wird.

### □ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

Kopfnicken ist ein in allen Gerichtssälen beliebtes Mittel der gegenseitigen Verständigung der Richter. Nach § 16 der Schiedsgerichtsordnung soll das Gerichtsprotokoll „den Gang der Verhandlungen im allgemeinen“ erkennen lassen. Das Protokoll muß ferner von dem Vorsitzenden und dem Protokollführer unterzeichnet werden. Nach § 19 der Schiedsgerichtsordnung muß die Beratung und Beschlussfassung auch an den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung in nicht öffentlicher Sitzung stattfinden. Selbstverständlich muß also das Protokoll auch eine Auskunft darüber abgeben, ob eine solche Beratung in geschlossener Sitzung stattgefunden hat.

Das ist wenig bekannt, sonst könnten nicht so viele Beschwerden gegen die Schiedsgerichte erhoben werden. Denn in der Praxis werden die Dinge oft so gehandhabt, daß der Vorsitzende des Schiedsgerichts dem rechts und links neben ihm sitzenden Beisitzer zustimmt, was er zu urteilen beabsichtigt, und diese Herren dann ihr Einverständnis durch Kopfnicken zu erkennen geben. Ein Schiedsgerichtsbeisitzer, der das Geick kennt, wird eine solche Praxis nicht mitmachen; denn in den meisten Fällen sind die so gefällten Urteile unzulässig, wenn der Verletzte eine Beschwerde bei einer höheren Instanz geltend macht. So ging es in folgendem Falle:

Der Arbeiter G. war mit seinem Anspruch am Schiedsgericht abgewiesen worden, und in seinem Refurs an das Reichsversicherungsamt traf er mit der Behauptung hervor, daß Gericht sei überhaupt nicht abgetreten zur Beratung sondern die Beisitzer hätten die Mitglieder eines ararischen Gemeinderats durch Kopfnicken dem Vorschlage des Vorsitzenden zugestimmt. Das Reichsversicherungsamt ist sich daraufhin aus dem Protokoll der betreffenden Sache von der Schiedsgerichtsberatung an und stellte fest, daß das Protokoll nicht erkennen ließ, ob eine Beratung in nicht öffentlicher Sitzung stattgefunden habe. Es wurde dann auch angefragt bei dem Schiedsgerichtsvorsitzenden, und dieser erklärte, die Sitzungsräumlichkeiten hätten nicht

ausgereicht, um eine Beratung in geschlossener Sitzung möglich zu machen.

Auf Grund dieser Tatsache hob das Reichsversicherungsamt das Urteil auf und wies die Sache zur erneuten Entscheidung an das Schiedsgericht zurück. In dem Urteil zu dieser Sache äußerte sich das Reichsversicherungsamt folgendemaßen:

Nach § 16 Absatz 1 Satz 2 der Kaiserlichen Verordnung, betreffend das Verfahren vor dem Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung vom 22. November 1900, soll das Protokoll über die mündliche Verhandlung auch den Gang der Verhandlungen im allgemeinen enthalten. Das Protokoll muß daher auch erkennen lassen, ob eine Beratung über den geltend gemachten Anspruch, die nach § 19 Absatz 2 a. a. O. in nichtöffentlicher Sitzung erfolgen muß, stattgefunden hat. Das Protokoll über die mündliche Verhandlung vor dem Schiedsgericht in der vorliegenden Sache enthält einen dementsprechenden Vermerk nicht. Es kann dahingestellt bleiben, ob, abgesehen von dem Nachweise der Falschung, ein Gegenbeweis gegen die unterlassene Feststellung im Protokoll darüber, ob eine Beratung stattgefunden hat, mit Rücksicht auf § 164 der Zivilprozessordnung überhaupt zulässig ist. Denn auch nach der Auskunft des Schiedsgerichts vom 29. März 1911 ist es möglich, daß die Beisitzer ihre Zustimmung erst zu dem ergangenen Urteil durch Kopfnicken bei seiner Verkündung in öffentlicher Sitzung zu erkennen gegeben haben. Es ist also auch nach dieser Auskunft nicht ausgeschlossen, daß eine ordnungsmäßige Beratung über den Anspruch des Klägers nicht stattgefunden hat. Vollige Zweifelsfreiheit hierüber aber ist unerlässlich.

## Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 31. Oktober 1911.

Die Truerungsdebatten im Reichstage sind am vergangenen Freitag nach fünfjähriger Dauer nicht etwa abgischlossen, sondern auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Diese Vertagung auf den St.immerleinstag ist allerdings gleichbedeutend mit dem endgültigen Abbruch. Die Geschäftsordnung des Reichstages verbietet es, daß an Interpellationen Beschlüsse irgend welcher Art geknüpft werden. Selbst aber, wenn das nicht der Fall wäre, wäre bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages und der Haltung der Regierung an etwas Vernünftiges nicht zu denken. Der Stanz der Großagrarien ist für die Reichsregierung und den schwarzblauen Haof die Hauptstade; für die Rot des Volkes hat man kein Gehör. So ist die fünfjährige Aussprache von keinerlei praktischem Wert gewesen. Sie hat nur von neuem den Beweis erbracht, daß das Volk bei den bevorstehenden Reichstagswahlen alles daran setzen muß, der Wirksamkeit der Reichsparteien und der hinter ihnen stehenden Regierung ein Ende zu bereiten.

Aus dem weiteren Verlaufe der Debatte sind besondere Momente nicht hervorzuheben. Nur die ausgezeichnete Rede des fortgeschrittenen Abgeordneten Dr. Bachmick verdient besondere Erwähnung. Wir werden sie in ihren markantesten Zeilen zur Veröffentlichung bringen, sobald uns der stenographische Bericht darüber vorliegt.

Ueber die sozialpolitischen Aufgaben des Reichstages sind in der vorianen Woche Mitteilungen gemacht worden, die dringend der Korrektur bedürfen. Daß die Regierung noch eine dritte Lesung des Arbeitskammergesetzes vornehmen will, und daß wegen einer Verständigung Besprechungen mit verschiedenen Parteiführern stattgefunden haben, ist unzutreffend. Die Reichsregierung hat vielmehr auf die Verabstimmung des Arbeitskammergesetzes nach den bisherigen Beschlüssen des Reichstages endgültig verzichtet. Dagegen soll zwischen den Verbündeten der Regierung und den Parteien des Reichstages eine Vereinbarung über das Heimarbeitsgesetz zustande gekommen sein. Darüber macht die „Frei. Blg.“ folgende Mitteilungen:

Wie bekannt, sind die Lohnämter von der Regierung und der Mehrzahl der beteiligten Unternehmerverbände abgeseht worden und auch in der Kommission mit Stimmengleichheit gefassten. Es scheint aber, daß trotzdem zum Durchbringen des Gesetzes im Bismarck etwas Derartiges in die Vorlage hineingekommen werden muß, weil der übrige Inhalt des Gesetzes sonst gar zu dürftig wäre. Aus diesem Grunde ist das Kompromißvorschlagsanwort worden, das war offiziell von den Parteien gemacht, aber vom Staatssekretär Dr. Debrück beeinflusst worden ist, wonach zwar keine Lohnämter eingeführt, aber der Regierung die Vollmacht erteilt wird, schon jetzt im Gebiete der Heimarbeit Fachorganisationen herzustellen, die ziemlich genau den Bestimmungen des Arbeitskammergesetzes entsprechend eingerichtet werden sollen. Diese Fachorganisationen sollen sich insbesondere auch mit den Löhnen und Tarifverhältnissen der betreffenden Gewerbe beschäftigen, ohne allerdings das Recht zu haben, Mindestlöhne festzusetzen.

An besonderer Klarheit leiden diese Ausführungen ja nicht. Namentlich der Begriff „Fach-

organisationen" läßt alle möglichen Deutungen zu. Hoffentlich erfährt man darüber bald Näheres. Bedauerlich wäre es, wenn die Mittelungen den Zweck hätten und erreichten, die künstliche Stimmung für die Lohnämter, die nun einmal den Kernpunkt jeder vernünftigen Seimarbeitspolitik bilden, abzukücheln.

Die Festsetzung des Termins für die Reichstagswahlen hat sogleich das politische Leben noch in härterer Fluss gebracht. Zunächst hat Herr von Bethmann Hollweg, der gelegentlich von sich gerühmt hat, daß er über den Parteien stehe, was eigentlich auch seine verdammte Pflicht und Sündhaftigkeit ist, in die Wahlkandidatur eingegriffen und eine Antwort auf die preussischen Landräte ergeben lassen, daß die während des Wahlkampfes sich „nachhaltig orientieren“ über Angriffe, die in der Presse oder in Abblättern gegen die Regierung erhoben werden, damit „schädliche Erwiderungen“ gegeben werden können. Die Landräte sollen auch gleich Vorschläge über die Art der Erwiderung und Anklärung machen und durch Berichtigungen in der Presse oder durch Flugblätter eventuell durch Unterhützung von Volkskalendern einwirken. Noch manche andere Aufgabe wird den Landräten zugewiesen. Nebenall das bedeutet diese Anweisung einen Einarriff in den Wahlkampf, der nicht nur nutzlos, sondern auch ungeschieklich ist; denn es werden öffentliche Mittel, die von der Allgemeinheit ohne Unterschied der Partei aufgebracht werden, gegen bestimmte Parteien verwandt.

Aber auch in die politischen Parteien ist neues Leben gekommen. Mit Rücksicht auf die Aberräumung der Reichstagswahlen hat die Fortschrittliche Volkspartei im Reichslage einen Antrag eingebracht, einheitlich und eine Verlesung des Wahlgeheimnisses ausschließende Wahlurnen zu liefern und auf die Landesparlamenten dahin zu wirken, daß

- a) durch landesrechtliche Vorschriften die Nichtanwendung der Bestimmungen über die Polizeistunde auf das Versammlungsrecht sichergestellt wird;
- b) die Zentralbehörden der Einzelstaaten an die lokalen Polizeibehörden einen der Verfügung des preussischen Ministers des Innern v. Rolffe vom 13. Mai 1908, betreffend die Ausführung des Vereinsgesetzes, entsprechenden Erlaß richten, nach dem auch auf dem Wege des geselligen Vereins- und Versammlungsrecht durch die Behörden nicht beeinträchtigt werden soll, insbesondere Personen wegen ihrer Zugehörigkeit zu den Vereinen oder ihrer Teilnahme an den Versammlungen bestimmter politischer Parteien von den Polizeibehörden in ihrem Erwerbseben nicht geschädigt werden und Gehalts wegen der Vergabe ihrer Stäle für solche Versammlungen keine wirtschaftlichen Nachteile erleiden sollen.

Bei der Besprechung der Interpellation über das Vereins- und Versammlungsrecht im Reichstage ist ja wiederholt von Regierungseite versichert worden, daß die gesetzlichen Bestimmungen des Vereinsgesetzes auch von den Behörden strikte befolgt werden würden. Jetzt bietet sich Gelegenheit zu zeigen, daß man es ernst damit meint. Viel Hoffnung freilich haben wir trotz der feierlichen Versicherungen nicht, daß das Versammlungsrecht bei diesen Wahlen allen Parteien gegenüber unparteiisch gehandhabt werden wird.

Der Erlaß gegen den süddeutschen Eisenbahnerverband, den am 15. August d. Z. der bayerische Verkehrsminister v. Fraundorfer ergehen ließ und den auch wir in unserer Nr. 66 besprochen haben, bildet zurzeit im bayerischen Landtage Gegenstand lebhafter Erörterungen. Die sozialdemokratische Fraktion hat eine darauf bezügliche Interpellation eingebracht, die seit vorigem Mittwoch vom Landtage debattiert wird. Wir werden gleich nach Abschluß der Besprechungen über ihren Verlauf berichten.

Arbeiterbewegung. Der Ausstand der Eisenkonstruktoren in Berlin dauert nun bereits vier Wochen. Sein Ende läßt sich noch nicht absehen, da die Unternehmer bisher alle Verträge zur Verhinderung von Einigungsverhandlungen zurückgewiesen haben. Jetzt heißt es, daß die Ortsleitung Berlin des Sanlabundes beschlossen hat, den streitenden Parteien ihre Dienste anzubieten. Es sollen auch bereits Schritte unternommen worden sein, um die maßgebenden Verantwortlichen auf Unternehmerseite für eine freundschaftliche Stellung gegenüber ihren Angestellten zu gewinnen. — Auch in dem Streik der Eisenformer und Schweißarbeiter in Berlin ist keinerlei Veränderung zu verzeichnen. — Die Tarifbewegung der Zigarrenarbeiter in Groß-Berlin hat bisher den Arbeitern kleine Verbesserungen gebracht, insofern in einer ganzen Reihe von Betrieben

der Tarif anerkannt worden ist. Eine große Zahl aber weigert sich noch immer, den Tarif anzunehmen. — Der Kampf der Tabakarbeiter in Lippe-Weßfalen nimmt an Ausdehnung noch immer zu. Die Zahl von 9000 Ausgeperrten ist sicherlich nicht zu hoch gegriffen. Außerdem aber ist es auch in Bremen und Hamburg zum Kampfe in der Zigarrenindustrie gekommen, weil die dortigen Arbeiter sich mit ihren Kollegen in Weßfalen solidarisch erklärt und als Antwort darauf die Fabrikanten Aussperrungen vorgenommen haben. — Der Ausstand in der Dresdener Schokoladen- und Zuckwarenindustrie ist durch Vergleichsverhandlungen unter dem Vorhitz des Oberbürgermeisters Bentler beigelegt worden. — In Svaudaun kam es in der Lichtfabrik von A. Rotard & Co. in den letzten Wochen zu einer Lohnbewegung. Die Arbeiter verlangten 3 Pf. pro Stunde Zulage. Es wurden dann nach mehrmaligen Verhandlungen zwischen der Direktion und Vertretern der beteiligten Organisationen 2 Pfennig pro Stunde bewilligt. — Die Arbeiter in den Berliner Getreide- und Mehlspeichern befinden sich in einer Lohnbewegung. Den Unternehmern ist ein Tarif unterbreitet worden, der Mindestlöhne enthält und eine Arbeitszeit von 9 Stunden festlegt. Eine Antwort auf die Forderungen ist noch nicht eingegangen. — Unberührt fort geht die Lohnbewegung der Lithographen und Stein-drucker. Insgesamt sind daran 47 Erte mit 4500 Arbeitern beteiligt, wovon rund 2900 Steindrucker und 1600 Lithographen sind. — In Mühlhauer Industriezweigen werden große Arbeiterentlassungen angekündigt. Die Glashütte Maschinenbaugesellschaft entläßt 1500 von 4000, die Firma „Kotes Meer“ in Tornau 200 von 550 Arbeitern.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat September hat sich nach dem „Reichsarbeitsblatt“ im allgemeinen gebessert. Auf dem Ruhrkohlenmarkt hat der hane Geschäftslage angehalten. In Obererschleien besserte sich die Nachfrage nach Steinkohlen etwas, doch war die Verfrachtung wegen der schlechten Wasserhältnisse ungenügend. Auch in Niederschleien war der Kohlen- und Stoffsabak nicht ausreichend. In der Textilindustrie klagten die Baumwollspinnereien über einen unverändert schlechten Geschäftsgang; auch die Tuchfabriken sind nur vereinzelt befriedigend beschäftigt. In der Spiritusindustrie war der Geschäftsgang idyllisch. Stott beschäftigt war der Maschinenbau, die elektrische und die chemische Industrie; auch im Bergbau war herrliche zum Teil recht reges Leben. Vom Metallhandwerk wird der Geschäftsgang als lebhaft bezeichnet. In der Flußschiffahrt trat mit dem Regen eine Besserung ein.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad im September weiter zugenommen. Es ergab sich am 1. Oktober 1911 gegenüber dem 1. September eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der erwerbsunfähigen krank Gemeldeten von zusammen 71 013 (37 783 männliche und 33 230 weibliche). Gegenüber dem Vormonat ist der Beschäftigungsgrad der männlichen Personen gestiegen, nämlich wenn man den Bestand vom 1. Januar gleich Hundert setzt, von 108 auf 109; beim weiblichen Geschlechte stieg der Beschäftigungsgrad gegenüber dem August von 101 auf 103.

Der Erlös aus dem Verkaufe von Invalidenversicherungsanwartschaften betrug im abgelaufenen Vierteljahre 47 884 770 Mk. gegen 46 548 290 Mk. im 2. Vierteljahr 1911 und 45 130 874 Mk. im 3. Vierteljahr 1910.

Ueber die Arbeitslosigkeit im September berichten 33 Fachverbände mit 1977 851 Mitgliedern; von diesen waren Ende des Monats 17 v. H. arbeitslos; Ende August dieses Jahres und Ende September vorigen Jahres betrug die Arbeitslosigkeit 18 v. H.; es ist also sowohl gegenüber dem Vorjahre wie gegenüber dem Vormonat eine Besserung zu verzeichnen. Im 3. Vierteljahr betrug der wirkliche Umfang der Arbeitslosigkeit (Verhältnis der Arbeitslosentage zu den Arbeitsbertagen) 1,1 v. H. gegen 1,2 v. H. der Vorjahre und 1,0 v. H. im Vorvierteljahre.

Auch die Arbeitsnachweisziffern lassen, soweit sie männliche Arbeiter betreffen, eine Besserung gegenüber dem Vorjahre und dem Vormonat erkennen. Bei der Gesamtzahl der berichteten Arbeitsnachweise, für die vergleichbare Zahlen vorliegen, kamen im September 1911 auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen 133 Arbeitsgesuche gegen 145 im gleichen Monate des Vorjahres und 142 im Vormonate. Bei weiblichen Personen stellten sich die entsprechenden Ziffern auf 92, 87 bzw. 90.

Auf dem Berliner Arbeitsmarkte hat der Beschäftigungsgrad gegenüber dem Vormonat und

dem Vorjahre erheblich zugenommen. Auch in der Provinz Brandenburg hielt die befriedigende Lage, die der Arbeitsmarkt im Vormonat aufwies, nach größtenteils an. In den Städten gestaltete sich die Tätigkeit teilweise recht günstig. In Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg war die Gesamtfrage der Beschäftigung in Industrie und Gewerbe zufriedenstellend, teilweise besser als im Vormonat und im gleichen Monate des Vorjahres. An ungelerten Arbeitern war recht rege Nachfrage. In Sessen, Sessen-Rassau und Waldeck hielt der gute Beschäftigungsgrad in den meisten Industrien auch im Berichtsmonte weiter an. In Bayern, Württemberg und Baden blieb mit einigen Ausnahmen die Beschäftigung im allgemeinen recht günstig.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen betragen im September 167 963 829 Mk., das sind 15 095 605 Mk. mehr als im gleichen Monate des Vorjahres; dies bedeutet eine Mehreinnahme von 250 Mk. oder 8,48 v. H. auf einen Kilometer.

Die „Gelben“ Gelben. Der beste Beweis dafür, daß man die gelben Gewerkschaften nicht als Arbeiterorganisationen ansehen darf, ist die Tatsache, daß sie von den Unternehmern finanziell unterstützt werden und deshalb von ihnen abhängig sind. Ungeheure Summen lassen es sich die Unternehmer kosten, wenn es gilt, einen arbeitslosen Vereiner ins Leben zu rufen oder ihn zu fördern. Dafür liefert einen neuen Beweis der Klassenbericht der Gelben bei Krupp in Essen, der für das Jahr 1910 eine Gesamteinnahme von 132 761,34 Mk. aufweist. Die von der Firma und den Mitgliedern aufzubringenden Summen werden darin nicht getrennt aufgeführt. Es steht aber fest, daß nur ein geringer Bruchteil obiger Summe aus Beiträgen der Arbeiter besteht. Sicherlich über 100 000 Mk. hat die Firma Krupp gegeben. Um der idiosyncrasen Augen der Gelben willen ist dies natürlich nicht ge-schehen, sondern weil die Firma weiß, daß sich dieses Kapital in ihrem eigenen Interesse sehr gut verzinst. Jeder anständige Arbeiter, der auf seine Ehre etwas hält, und dem auch an einer wirksamen Vertretung seiner Interessen etwas gelegen ist, wird sich deshalb mit Abreden und Verachtung von einer Vereinigung abweisen, deren Existenz in der Hauptsache auf Almosen aufbaudet ist.

Zu dem Attentat auf das Koalitionsrecht der technischen Angestellten der Gutehoffnungshütte zu Sterkrade, über das wir in voriger Nummer berichteten, macht die „Frankf. Ztg.“ noch einige weitere interessante Mitteilungen. Von den 200 Technikern, die auf jenem gewaltigen Werke beschäftigt werden, sind 45 organisiert, davon einige 20 Jahre oder doch fast solange. Vor einigen Wochen gingen in den Betrieben Kisten herum, in denen die Organisationszugehörigkeit eingetragen werden sollte. Im Vertrauen auf ihr Koalitionsrecht haben die Angestellten daraus auch kein Ver-gewissen gemacht, worauf die Organisierten von ihren Vorgesetzten die Aufforderung erhielten, der Direktion sofort eine Erklärung zu überbringen, daß sie aus ihren Verbänden ausgetreten seien. Obgleich die Obergeringenieur dieses Vorgehen selbst als ungeschicklich erklärten, wiesen sie darauf hin, daß derjenige erbarmungslos hinausfliegen würde, der nicht die verlangte Unterschrift leistet. Ueber die weiteren Vorgänge sind unsere Leser unterrichtet. Die Versammlung der technischen Angestellten, die von 37 Organisierten besucht war, erklärte mit 31 gegen 3 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen, daß sie der Organisation trenn bleiben werde, und ließ diese Erklärung der Direktion übergeben. Die Zukunft wird ja bald lehren, ob diese ihre Drohungen wahr macht. Jedenfalls zeigt auch dieser Vorgang, wie notwendig der Ausbau und die Sicherung des Koalitionsrechtes ist.

Eine interessante Reichstagskandidatur. Am Reichstagswahlfreie Bielefeld-Biederbrück, der zurzeit von dem Sozialdemokraten Severing vertreten wird, hat das Zentrum angeregt, den früheren Staatssekretär Grafen v. Poldowsky-Wehner als gemeinsamen Kandidaten der rechtsstehenden Parteien aufzustellen. Die Konservativen und Christlich-Sozialen haben sofort ihre Zustimmung dazu gegeben und auch die Nationalliberalen haben schließlich zustimmend geantwortet. Graf Poldowsky hat die Kandidatur angenommen und will für den Fall seiner Wahl fraktionslos bleiben. Die Fortschrittliche Volkspartei erhält ihre Kandidatur aufrecht.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß Graf Poldowsky bei dem allgemeinen Ansehen und der Achtung, die er auch in gemäßigten Kreisen genießt, aus dem Wahlkampfe siegreich hervorgeht. Jedenfalls würde ein Mann mit den Erfahrungen des Grafen Poldowsky

dowsty im Reichstage recht nützlich wirken können. Das sprechen wir aus, obgleich wir in vieler Beziehung, auch auf sozialpolitischem Gebiete, dem Grafen Potadowsky nicht folgen können.

Die 443. Veranstaltung des Vereins für Volkserhaltung findet am Sonntag, den 5. November, abends 7 Uhr, im Bureauaal des Rathauses statt, wobei mitwirken werden: Frau Helene von Kurati (Gesang), Frau Clara Guth (Gesang), Herr Emil Kühne (Rezitation), Herr Heinz Beyer (Violoncello).

### Gewervereins-Zeit

**Barthau b. Chemnitz.** Die für den Bezirk Sachsen und Thüringen auf Sonntag, den 22. Oktober, einberufene Konferenz des Gewervereins der Deutschen Textilarbeiter wurde vom Kollegen Flach-Chemnitz um 11 Uhr mit der üblichen Begrüßung der zahlreich erschienenen Delegierten und des Vertreters des Zentralrats, Kollegen Reute d. eröffnet. Nach der Wahl des Bureau erhielt durch den Vorsitzenden, Kollegen Rees-Chemnitz der Zentralratsvertreter das Wort, der für die Verhandlungen besten Erfolg wünschte und die verschiedensten Hinweise zur Agitation gab. Hierauf nahm der Bezirksleiter, Kollege Flach, Veranlassung, auf die Agitation und Organisation einzugehen. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß die Agitation, wenn sie von den Ortsvereinen je nach den örtlichen Verhältnissen gut eingeleitet wird, und die Agitation von Mund zu Mund meistens von Erfolg begleitet ist. Danach möchten die Ortsvereine, wo es noch nicht geschehen ist, handeln. Die Gleichgültigkeit ist von den Kollegen endlich einmal abzulegen. Zur Organisation wünschte der Bezirksleiter eine ständige, gute und schnelle Verbindung mit den Ortsvereinen, auch daß er von allen in Aussicht stehenden Lohnbewegungen und Arbeitsdifferenzen unterrichtet wird, um, wenn nötig, rechtzeitig eingreifen zu können. Nur auf diese Weise werden sich die Gewervereine in unserm Bezirk in der Öffentlichkeit mehr Geltung verschaffen können. Die nun eingehende Aussprache bewegte sich im Rahmen des Gehörten. Kollege Reute d. erläuterte noch eingehend die Ziele der Gewervereine gegenüber den "freien" Gewerkschaften. Ebenso gab Kollege Reute d. Döbeln als Gast noch einige ausgezeichnete Erläuterungen, wie auch alle übrigen Diskussionsredner ihren Erfahrungen Ausdruck verliehen. Die vorgeschlagene Agitationsmethode wurde einstimmig angenommen. Dasselbe geschah auch mit einer Resolution, in welcher die Feuerungsüberhältnisse im Sinne des vom Zentralrat eingenommenen Standpunktes gekennzeichnet wurden. Außerdem wurde den Ortsvereinen anheimgegeben, geeignete Schritte zu unternehmen, daß die kommunalen Einrichtungen zur Verabfolgung billiger Lebensmittel treffen. Die nächste Bezirkskonferenz findet in Chemnitz statt. x.

**Stolz i. Pom.** In Hammermühle bei Stolz, auf den Besitzungen des ersten deutschen Reichszanlers Fürst Bismarck, besteht eine Papierfabrik, die etwa 800 Arbeiter beschäftigt. Diese Arbeiter für die Gewer-

vereine zu gewinnen, war seit längerer Zeit das Bestreben des Ortsverbandes Stolz und Umgegend. Die Leitung des Unternehmens Arbeit verbot die Organisation und hinderte allen Irdbereich, die als organisiert bekannt wurden, ihre Stellung. Auf die Gastwirte der umliegenden Ortschaften wurde ebenfalls ein harter Druck ausgeübt, um Versammlungen zu verhindern. Selbst der behördliche Apparat, der bei derartigen Gelegenheiten nicht fehlen darf, trat in Tätigkeit, um die gottgewollte Abhängigkeit der Arbeiter zu erhalten. Aber alle diese beliebigen Mittel haben selbst in dieser dunkeln Ecke Osthelens nicht vermocht, die Entwicklung aufzuhalten. Es ist uns gelungen, einen starken Ortsverein der Textil- und Sandarbeiter zu gründen, desgleichen einen Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter.

Am Sonntag, den 22. Oktober, fand auf dem Grundstück eines Besitzers in Wülow eine Versammlung statt. Obgleich dieser Ort sieben Kilometer von Hammermühle entfernt liegt, war die Versammlung außerordentlich stark besucht. Kollege Rudraich sprach über: "Die Deutschen Gewervereine unter besonderer Berücksichtigung der Forderungen und Leistungen des Gewervereins der Textil- und Sandarbeiter". Die trefflichen Ausführungen verfehlten ihre Wirkung nicht. Sämtliche noch unorganisierte Anwesende traten dem Gewervereine bei.

Die Schwierigkeiten, die bei der Gründung dieser Vereine zu überwinden waren, haben dazu beigetragen, eine frische und kräftige Organisation zu schaffen, die zu den besten Hoffnungen berechtigt. Die Erfolge selbst aber sollen uns ein Ansporn sein, Mittel und Wege zu finden, damit das Organisationsfeld, das Stolz und Umgegend noch bietet, für die Gewervereinsfrage erfolgreich bearbeitet wird.

O. Weier, Ortsverbandsvorsitzender.

### Verbands-Zeit

#### Veranstaltungen

**Berlin.** Diskussionsklub der Deutschen Gewervereine (S. D.). Verbandshaus der Deutschen Gewervereine, Weißbaldstr. 221-23. Mittwoch, 1. November Vortrag des Kollegen Lewin über: Einführung, Geschichte und andere wirtschaftliche Begriffe. Zahlreiche Erscheinungen erwünscht. Gäste sind herzlich willkommen. — **Gewervereins-Liebertafel (S. D.).** Jeden Donnerstag abds. 9-11 Uhr, Lehnungsstube l. Verbandsbau, der Deutschen Gewervereine (Grüner Saal). Gäste wöhl. — **Sonnabend, 1. November.** **Maschinenbau- und Metallarbeiter I.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung b. i. Meißner, Bergstr. 69. Bericht von der Kombinierten. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Abends 8 1/2 Uhr Fruchtstraße 36 a. 1. Mitteilungen. 11. Bericht von der Kombinierten. 111. Vortrag des Kollegen Rabau: "Eine Wanderung durch den Thüringer Wald". — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IV.** Abends 8 1/2 Uhr im Hippelmann-Restaurant, Belle-Alliancestr. 87. Protokoll. Mitteilungen. Vortrag des Verbandssekretärs Kollegen Lewin über: "Japan, Land und Leute". Bericht von der kombinierten Vorstandssitzung. Verschiedenes. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Schumacher, Esplanenstr. 126. Vortrag des Kollegen Hartmann: "Die neue Reichsversicherungs-

ordnung". Anmeldung der Kinder zur Weihnachtsfeier. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Abends, am 8 1/2 Uhr, Gerichtstraße 71. Versammlung mit Damen. 1. Weihnachtliche. 2. Vortrag des Stoll, Erlenz: "Meine Studienreise in England". — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abds. 8 1/2 Uhr, Ortsversammlung bei Frau, Putzmeisterstr. 51. Vortrag des Kollegen J. Trabert über: "Die Gewervereine als Förderer der Kultur". Damen wöhl. — **Sonntag, 3. November.** **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Vorm. von 10-12 Uhr, Jagttag im Nordwestpark, Alt-Neubau 55/56.

#### Orts- und Reichsverbande

**Cottbus (Diskussionsklub).** Sitzung jeden 7. u. 4. Donnerstag im Monat bei Ganslein, Sandwerterstr. 43. — **Döbeln (Volkswirtschaftsschule).** Jeden Sonntag, abds. von 9-11 Uhr l. Verbandsklub, Kurfürststr. 29. Sitzung. — **Ebersfeld-Karlsruhe (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenkammer, Ebersfeld, Kuffnerstr. und Erlöngstr. 1. Gde. — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverbands-Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrsklub G. Simon, Alter Markt. — **Greer b. Wetzlar.** Jeden 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskussionsabend bei Kubenski. — **Halle a. S. (Ortsv.).** Der Diskussionsabend, jedes 1. Sonntagabend l. Monat i. Hofstraße, Dr. Braubachstr. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch abds. 8 1/2 Uhr präz., in Büttmanns Hotel, Poststr. Diskussionsabend. — **Hierthaus (Diskussionsklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr bei Jander, Oststraße. — **Herrn in Weßf. (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbands-Vertreterversammlung bei Wittke, Kühle, Herne 1, gegenüber der evang. Kirche. — **Köln (Ortsverband).** Donnerstag, den 2. November abends 9 Uhr, Vertreterversammlung in der Lang- (Erlöng). — **Leipzig (Gewervereins-Liebertafel).** Die Lehnungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal "Stadt Hannover", Seeburgstr. 25, statt. Gäste und Anmehlbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mühlheim a. Ruhr.** Jeden 2. Sonntag im Monat, vormittags 10 1/2 Uhr Vertreterversammlung im Verbandslokal bei Johann Müller, Sandstraße 38. — **Ortsverband für das obere Ruhrgebiet.** Sonntag, 3. November, nachm. 4 1/2 Uhr, große öffentliche Versammlung in Elde, im vormaligen des Herrn Schade. Vortrag des Kollegen B. Biegler-Siegen über die allgemeine Lebensmittellieferung. Drei Diskussionen! — **Reutlingen (Sängerchor der Gewervereine).** Die Lehnungsstunden finden jedes Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rehel, Voßstr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzlich willkommen. — **Regel (Diskussionsklub für Regel, Vorkriegs- und Reichsland).** Sitzung jeden Dienstag abds. von 8 bis 10 Uhr b. Römer, Schillerstr. 28, Ecke Schönbergstr. — **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem l. Ortsvereinsversammlung bei Nicolet, Mauerstr. 62. — **Wiesbaden a. S. (Verbandsabteilung der Gewervereine).** Lehnungsstunden jedes Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal "Schweizerhaus", Schützenstraße. — **Wiesbaden (Ortsverband).** Jeden 1. Sonnabend im Monat Diskussionsabend in Germania Garten. — **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Singstunde im Verbandslokal Rheintal. —

### Anzeigen-Zeit

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

## Wie werde ich leistungsfähiger?

Den der Leistungsfähigkeit des Einzelnen hängt sein Erfolg im Leben ab. Der leistungsfähigere wird immer den Vorsprung vor dem weniger leistungsfähigen haben. Er ist selbstständig, so wird er seine Konkurrenten überholen durch neue Arten des Betriebes, der Organisation, der Methode usw. Er wird darauf bedacht sein, sein Personal zu weiterer Ausbildung zu ermuntern, um es so möglichst leistungsfähig zu machen. Der Prinzipal, der immer Angst hat, das Interesse der Angestellten würde durch Weltbildung vom Geschäft abgelenkt, ist kein Geschäftsmann, denn sein Personal kann nie zu leistungsfähig sein. Eine Uhr, bei der nur das Triebrad von Stahl, die andern aber von Blei sind, wird weder präzise noch wird sie lange gehen. Ein Angestellter, der dem Prinzipal eine gute Idee bringt, wie er sein Geschäft weiter heben kann, ist mehr wert als wie ein Duzend anderer, die ihre Arbeit schablonenmäßig verrichten. Ein Geschäft, von dessen Personal jeder Einzelne auf dem Höhepunkt der Leistungsfähigkeit steht, muß naturgemäß alle anderen überholen. Und so ist es auch im Staat. Wo der Leistungsfähigkeit eines jeden Einzelnen hängt die Größe der Nation ab. Säumen Sie deshalb keinen Augenblick, an der Steigerung Ihrer eigenen Leistungsfähigkeit zu arbeiten. Die beste Anleitung hierzu bietet Ihnen Buchmanns weltbekannte Gedächtnislehre. Ueber einmahlunderttausend Schüler jeden Standes und jedes Alters. Ein paar Auszüge aus den Büchern: "Wir mit Ihrer Gedächtnislehre ausgestattet ist, bei dem gibt es kein Hindernis mehr. A. B." "Muss anerkennen, daß Ihre Gedächtnislehre den ganzen Menschen in seinem Tun und Treiben vortrefflich umbildet. B. F." "Durch und Grauen vor Schwierigkeit find einem unbezähmbaren Arbeitsstriebe gewichen. P. R." "In Buchmanns Gedächtnislehre haben wir einen unübertrefflichen Beitrag zur Lösung der Frage erhalten, auf welchem Wege die höchste geistige Entwicklung erreichbar sei. R. H." Verlangen Sie heute noch Prospekt (kostenlos) von

L. Buchmann, Amalienstraße 3, München D. 93.

#### Zur gest. Beachtung!

Zur Beschaffung oder Ergänzung von

#### Bibliotheken

bietet sich den Ortsvereinen günstige Gelegenheit. Mehrere Serien ausermählter Werke, neu eingebunden, können sehr billig abgegeben werden. Auskunft und Bestellungen der Serien durch den Verbandssekretär R. Klein, Berlin, Weißbaldstr. 221-23.

#### Haben Sie schon Ihren

#### „Meinen Wandler“ bestellt?

Nein? Dann holen Sie es sofort nach. Der Preis ist nur 15 Mk. bei 1000 Seiten von 30 bis 40 in 10 Bänden. An best. von Buchmanns Verlag, Leipzig. C. O. Raupbachs Nachf. Sachnau i. G. S.

#### Primmans (Ortsverb.).

Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterstüfung. Markenausgabe beim Kol. R. Adam, Oloquerstr. 13.

#### Freiburg i. Schl. (Ortsverb.).

Durchreisende Kollegen erhalten das Ortsverbandsgehalt bei ihrem Ortsvereinsfahrschein ausgegahlt. Falls der Ortsverein am Orte nicht vertreten ist, beim Ortsverbandsfahrschein Wilh. Berger, Sandb.

**Oberhausen (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstüfung im Bureau, Mühlheimerstraße 42.

**Jena (Ortsverband).** Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstüfung bei Carl Müller, Gertrassenstr. 2, Ecke Oberlaugasse.

**Jauer (Ortsverband).** Durchreisende Verbandskollegen erhalten Ortsgehalt bei F. Robert, Hospitalplatz 6.

**Geislingen, Württg. (Ortsverband).** Als Ortsverbandsgehalt erhalten durchreisende, arbeitslose Kollegen 50 Pfg. bei G. Sapper, Büttmanns, Hauptstr. 18.

**Erfurt.** An durchreisende Kollegen wird eine Unterstüfung von 0,75 Mk. durch den Ortsverbandsfahrschein August Seifensieder, Langstraße 61, gezahlt.

**Waldenburg i. Schl. (Ortsverband).** Die herberge für durchreisende Kollegen befindet sich im Schwarzen Adler; die Markten werden vom Kollegen S. Appelt, Reuestr. 1, ausgegeben.

**Prottaus-Gulau (Ortsverb.).** Durchreisende Gewervereiner erhalten eine Unterstüfung von 75 Pfg. beim Verbandsfahrschein Kollegen P. Schiemert in Prottaus, Oloquerstraße 10. Arbeitsnachweis ebenfalls.

**Kachen (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark. Unterstüfung in dem Arbeitersekretariat Kachen, Adalbertsteinweg 71.

**Eisenach u. Umgegend (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. vom Ortsverbandsfahrschein D. Hennig, Rennbahnstraße 34.

**Sera (Ortsverband).** Die Unterstüfung an durchreisende Gewervereinskollegen wird ausgegahlt bei Franj Wagner, Sera, Bäckerstraße 11.

**Wiesbaden.** Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten ein Unterstüfung beim Verbandsfahrschein 3 r b f, Marktstraße 60.

**Leipzig-West (Ortsverband).** Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten die Markten für den Ortsverbandsgehalt bei dem Verbandsfahrschein. Für Abendrotten Nachzügler haben dieselben in "Stadt Hannover", Leipzig, Seeburgstraße 25-27, Gültigkeit.

**Halle a. S. (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten beim Verbandsfahrschein, Kollege Laube, Bürgerstr. 94, 1 Mark; bei der Abendrotten, Nachzügler und Koffer in der Verbandsberge (Baderinnungsbau) am Hofplatzplatz.